

Stand: 20.04.2026 06:37:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18119

"Kostenerstattung für staatliche Hochbaumaßnahmen beschleunigen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18119 vom 01.10.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19223 des HA vom 09.11.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 07.12.2021
4. Beschluss des Plenums 18/20010 vom 02.02.2022
5. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 02.02.2022



Antrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Gerd Mannes, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Kostenerstattung für staatliche Hochbaumaßnahmen beschleunigen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Kostenerstattung für Bau- und Sanierungsarbeiten an ANKER-Zentren inklusive Dependancen durch ein Bundesgesetz anstelle eines Haushaltsvermerks geregelt wird. Dieses soll Effizienzsteigerung und eine erhöhte Auszahlungsgeschwindigkeit zum Schwerpunkt haben und explizit Fristen für die Beantragung, Bearbeitung sowie Erstattung ausweisen.

Begründung:

Für die sieben ANKER-Zentren inklusive Dependancen fielen beträchtliche Sanierungs- und Instandhaltungskosten an und werden auch zukünftig anfallen. Zwischen 2016 und 2020 waren dies bereits über 100 Mio. Euro, wovon auch ca. 40 Prozent dem Bund gegenüber geltend gemacht wurden.

In der derzeitigen Regelung ist jedoch keine Frist zur Erstattung dieser Kosten vorgesehen, weswegen auch erst ca. 13 Mio. Euro erstattet wurden. Drei Regierungsbezirke – Oberfranken, Mittelfranken und Schwaben – haben bisher noch keinerlei Kostenerstattung erhalten. Um die Aufwendungen schnellstmöglich und mit geringem Aufwand auf die zuständige Stelle umzulegen, ist somit eine Änderung der derzeitigen Praxis notwendig, welche lediglich über ein Bundesgesetz möglich ist.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner
u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/18119**

Kostenerstattung für staatliche Hochbaumaßnahmen beschleunigen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatter: **Georg Winter**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 114. Sitzung am 28. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 9. November 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: kein VotumAblehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen, auch die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. November 2021 (Vf. 57-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 1 und 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert worden ist

PII-G1310.21-0023
 Drs. 18/19366 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren:
 II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

8. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Binnenmarkt
Tourismusleistungen – Initiative zu kurzfristigen Vermietungen
27.09.2021 - 13.12.2021
Drs. 18/18273, 18/19290 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19290
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

9. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen,
Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
„Housing First“ – BayernHeim soll auch für Wohnungslose bauen
Drs. 18/12354, 18/19236 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Finanzen sichern –
Gerechte Grundsteuer in Bayern verwirklichen
Drs. 18/16017, 18/19220 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

14. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
„Bayern barrierefrei“ weiter konsequent umsetzen
Drs. 18/17538, 18/19224 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Christian Kligen, Ralf Stadler AfD
Exportverbot von Zucht- und Schlachttieren in Länder außerhalb der EU
Drs. 18/17577, 18/19246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen I –
Registrierungspflicht von Hundewelpen umgehend einführen
Drs. 18/17700, 18/19247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Frühzeitig EU-Batterieverordnung beeinflussen – Lithium-Ionen-Akkus stärker berücksichtigen
Drs. 18/17927, 18/19363 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Klimapartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern ausbauen
Drs. 18/18037, 18/19351 (A)

auf Antrag der SPD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt- und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Verzögerungen beenden, Verantwortung gerecht werden – PCR-Pooltests in Kitas endlich auf den Weg bringen
Drs. 18/18069, 18/19228 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Kligen u.a. und Fraktion (AfD)
Klimaanpassung statt CO₂-Vermeidung – Aktionistischen Klimaschutz beenden und wirtschaftlich tragbare Lösungen auf den Weg bringen
Drs. 18/18105, 18/19364 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Innovative Sonderwirtschaftsregionen in Bayern einführen!
Drs. 18/18118, 18/19221 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Kostenerstattung für staatliche Hochbaumaßnahmen beschleunigen
Drs. 18/18119, 18/19223 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Ermöglichung nötiger Investitionen in bayerische Infrastruktur, Bildung und Forschung mit einem Deutschlandfonds
Drs. 18/18120, 18/19234 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
Sonderfonds zur Beseitigung der Altlasten in Altenstadt a.d. Waldnaab, Neustadt a.d. Waldnaab und Windischeschenbach
Drs. 18/18122, 18/19237 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Kinder vor Missbrauch schützen: Präventionsprogramm „Kein Täter werden“ ausweiten
Drs. 18/18126, 18/19229 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Kligen u.a. und Fraktion (AfD)
Einführung einer Landesfachstelle Barrierefreiheit
Drs. 18/18235, 18/19232 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Regelmäßiger Bericht über das Projekt „Speisenanbieterbefragung“
Drs. 18/18236, 18/19233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Jan Schiffers u.a. und Fraktion (AfD)
Corona mit Pflanzkraft bekämpfen 1: Cannabis-Inhaltsstoffe nutzen
Drs. 18/18237, 18/19257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Corona mit Pflanzkraft besiegen 2: Wirkung von Bromelain erforschen
Drs. 18/18238, 18/19259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Fachtagung „Digitalisierung zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung“
Drs. 18/18240, 18/19235 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Corona-Ausgangssperren unverhältnismäßig –
zu Unrecht vereinnahmte Bußgelder unverzüglich zurückerstatten!
Drs. 18/18261, 18/19263 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Großeltern tag, Wahlauf ruf etc. –
Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
Drs. 18/18262, 18/19360 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Deutschlandtakt auch für Bayern!
Vier Gleise zwischen Pasing und Eichenau!
Drs. 18/18263, 18/19240 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

52. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Martina Fehlner u.a. SPD
Wechsel im Kanzleramt in Wien:
Neustart für die bayerisch-österreichischen Beziehungen
Drs. 18/18489, 18/19227 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU
Evaluation der Vereinigung der Pflegenden in Bayern
Drs. 18/18495, 18/19261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Verbindliche 3G-Regelungen bei Beerdigungen und
3G-Empfehlungen für religiöse Veranstaltungen
Drs. 18/18498, 18/19262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Für Pressefreiheit und Medienpluralismus in Europa kämpfen
Drs. 18/18671, 18/19264 (G)

auf **Antrag der FDP-Fraktion** Votum des mitberatenden Ausschusses
für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/18119, 18/19223

Kostenerstattung für staatliche Hochbaumaßnahmen beschleunigen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Böhm

Abg. Georg Winter

Abg. Tim Pargent

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Staatsminister Joachim Herrmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)

Kostenerstattung für staatliche Hochbaumaßnahmen beschleunigen
(Drs. 18/18119)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 32 Minuten. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Böhm für die AfD-Fraktion.

(Unruhe)

Ich bitte Sie, jetzt wieder etwas Ruhe einkehren zu lassen.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anker-Zentren sind die Orte im Freistaat, in denen die Invasion in unsere Sozialsysteme gleichsam wie unter einem Brennglas zu beobachten ist. Aber auch aus einem weiteren Grund werden sie zu Hotspots, und ich meine hier nicht die satte Milliarde an Kosten für bayerische Bürger, die als herbes Kondensat meiner Anfragen zu diesen Anker-Zentren im Raum stehen: über eine Milliarde Euro Kosten von 2016 bis 2022! Dies ist ein 1.000 Millionen Euro teurer roter Teppich für die Invasion in unseren Sozialstaat.

Darüber will ich heute aber nicht sprechen. Nein, heute geht es um ein sehr pikantes Detail: um die ausbleibende Kostenerstattung des Bundes für die Hochbaumaßnahmen in den Anker-Zentren, also um die Kosten des Webstuhls für diesen roten Teppich. 100 Millionen Euro sind das in der Summe für alle Regierungsbezirke. Dabei wurden evidente Kosten in den Antworten der Staatsregierung verschleiert. Das Argument war, sie wären mit verhältnismäßigem Aufwand nicht zu ermitteln. Wer jetzt glaubt, die

vom Bund zugesicherte Kostenerstattung würde geschmeidig laufen, irrt gleich an zwei Stellen.

Erstens wurden bis heute nur 41 der möglichen 100 Millionen überhaupt beantragt. Zweitens wurden davon erst 13 Millionen erstattet. 87 Millionen hängen also gleichsam in der Luft, vorverauslagt aus der Steuerlast bayerischer Bürger.

Kollegen, wir haben da draußen – heute kamen die aktuellen Zahlen – 5 % Inflation. Die Kaufkraft der im Feuer stehenden Schulden schwindet also jährlich um 5 %. Wenn unsere Regierung auf 87 ausstehende Millionen zehn Jahre lang gelangweilt wartet, dann bekommt sie zwar gewiss 87 Millionen zurück, diese haben dann aber nur noch eine Kaufkraft von 52 Millionen. So funktioniert Finanzmathematik. So funktioniert Geldentwertung in der Inflation.

(Beifall bei der AfD)

Die Inflation selbst ist zwar dem Versagen der EZB und den Klimafantasien der Grün-Bunten geschuldet. Auf der mangelhaften Umsetzung der Kostenerstattung steht allerdings ganz groß "CSU" drauf. Seit 2015 tönen Sie: Wir schaffen das. Sie haben es aber nicht einmal geschafft, die Kostenerstattung für dieses "Wir schaffen das" in einem Bundesgesetz für uns Bayern verankern zu lassen.

Im Ausschuss stöhnen Sie, wie notwendig und zugleich schwer das denn alles wäre. Sie beschwören tatsächlich die große Gefahr: So eine Initiative würde nur noch mehr Schwierigkeiten mit Berlin verursachen. – Wie peinlich ist das denn! Wenn diese Staatsregierung eine Debitorenbuchhaltung wäre, könntet ihr allesamt eure Papiere abholen!

(Beifall bei der AfD)

Erstattungsansprüche nicht konsequent zu verfolgen, ist in Zeiten der Inflation konsequente Steuerverschwendung. Es ist ganz egal, welche Luftnummern zurzeit in Berlin

hausen. Wir alle sind zuallererst den bayerischen Bürgern verpflichtet. Tun Sie endlich etwas für unsere Bürger! Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Georg Winter für die CSU-Fraktion.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ganz nüchtern betrachtet und ohne Rhetorik hier ganz einfach: Das Verfahren für die Kostenerstattung für Anker-Zentren ist sehr vielseitig, sehr umfassend und in der Logik damit auch anspruchsvoll und kompliziert. Das ist der Sache geschuldet, weil viele Anliegen und Maßnahmen zusammengefasst, nachgewiesen und abgerechnet werden müssen. Bereits jetzt wird vom Innenministerium – Herr Staatsminister, vielen Dank! – alles getan, um die Verfahren bestmöglich zu beschleunigen.

Der Vorschlag, die Kostenerstattungen für die Aufwendungen der Länder bei Anker-Zentren durch ein Bundesgesetz zu regeln, ist keine gute Idee. Warum? – Der AfD-Gedanke, im Gesetz explizit Fristen für die Beantragung, Bearbeitung und Erstattung festzulegen, hätte dann zur Folge, dass Kosten, die innerhalb dieser Zeiträume nicht nachgewiesen oder nicht gebündelt werden können, verloren sind. Dies wäre zum Schaden des Freistaates Bayern und zum Schaden der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Winter, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – In allerletzter Sekunde kam noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Böhm.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Kollege Winter, es tut mir leid, dass Sie jetzt meinetwegen noch einmal ans Rednerpult zurückkehren müssen. Sie haben gesagt, die

Staatsregierung habe sich bestmöglich angestrengt. Das klingt so wie in einer Beurteilung: "Er hat sich redlich bemüht." Das klingt nicht nach wirklicher Initiative.

Was spräche denn dagegen, wenn Sie das schon nicht in ein Bundesgesetz gießen können, zumindest darüber nachzudenken, bei dieser Inflation – die Bürger leiden unter einer Inflation von 5,1 % – in irgendeiner Art und Weise für eine adäquate Verzinsung dieses ausstehenden Kapitals zu sorgen? Bitte erklären Sie mir das.

(Beifall bei der AfD)

Georg Winter (CSU): Bei der Inflation haben wir im Moment sicherlich erhöhte Quoten. Aber das Thema können wir hier nicht lösen; dass wissen Sie. Das ist ein ganz anderer Punkt. Die Frage ist: Kommt das Geld zu spät zurück? – Dabei muss man eines sehen: Der Kostenvermerk, der das momentan regelt, liegt mir vor, ich hätte ihn jetzt auch mit nach vorn bringen können. Er erstreckt sich über mehrere DIN-A4-Seiten in Kleingedrucktem. Viele solche Details in ein Gesetz zu packen, wäre nicht gut.

Das andere, was man machen könnte – darüber müsste man dann reden – ist, dass man sagt: Vielleicht gibt es schon Abschlagszahlungen. Dann könnten, wie in der Regel auch bei Zuschüssen, 80 % ausbezahlt und nur die restlichen 20 %, also der Teil, dessen Höhe noch nicht ganz genau absehbar ist, über den Verwendungsnachweis erstattet werden. So sind in der Regel eigentlich alle Verfahren. Wenn das hier nicht so sein sollte, kann man das mit aufnehmen, soweit es um diesen zeitlichen Faktor geht.

Aber wie gesagt: Ein Gesetz mit Ausschlussfristen zu machen, sodass uns Gelder verloren gehen, wäre in diesem Fall nicht hilfreich.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Winter, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Warum mörtelt sich die AfD hier in Anbetracht dessen, was der Antrag letztendlich enthält, eigentlich so auf? – Sie will, dass die Kostenerstattung für die Anker-Zentren statt in einem Haushaltsvermerk vom Bund in einem Bundesgesetz geregelt wird. Das war jetzt des Hochziehens wert? – Dazu äußere ich drei Gedanken:

Erstens. Ob Gelder wirklich schneller fließen, wenn die Regelung in einem Gesetz statt in einem Haushaltsvermerk verankert ist, sei als fraglich dahingestellt.

Zweitens ist Ihre Partei so zerstritten, dass Sie hier im Landtag die Staatsregierung auffordern müssen, über eine Bundesratsinitiative einen Gesetzentwurf auf Bundesebene einzubringen. Warum sagen Sie nicht Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bundestag Bescheid, damit sie solch einen Gesetzentwurf im Bundestag einbringen können? Ich frage mich, was Sie davon abhält.

Meine dritte Überlegung dazu ist, dass die Absicht, Ihre vollkommen ausländerfeindliche und auch europafeindliche Rhetorik hier in Ihrem Redebeitrag mal wieder abladen zu können, wohl der eigentliche Grund war, den Antrag a) überhaupt zu stellen und ihn b) auch in das Plenum hochzuziehen. Das macht Ihren Antrag letztendlich vollkommen nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Böhm.

Martin Böhm (AfD): Dass wir hier in Bayern keinen Parlamentspoeten brauchen, haben wir gerade ganz gut bewiesen. Sie verkennen natürlich, dass Anker-Zentren in der Form, wie wir sie haben, eine urtypisch bayerische Geschichte sind. Deswegen ist es sehr wohl ein Auftrag für die Bayerische Staatsregierung, sich darum zu kümmern. Das darf man bei Ihrer Einlassung natürlich nicht ausblenden.

Leider gehen Sie auf so etwas nicht ein, sondern Sie versuchen immer ganz pauschal, Zerstrittenheiten in irgendwelchen Parteien herbeizudefinieren. Ich wünsche es mir nicht, aber ich sehe dem Tag entgegen, an dem die grün-links-bunte Koalition in Berlin wesentlich zerstrittener sein wird, als das die in sich ruhende AfD-Fraktion jemals sein wird.

(Beifall bei der AfD – Lachen)

Tim Pargent (GRÜNE): Ich darf einfach feststellen, dass die bayerischen Abgeordneten der AfD im Bundestag offensichtlich nicht dazu imstande waren, einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag einzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pargent. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Böhm, manchmal würde man sich wünschen, dass die AfD-Fraktion etwas mehr ruhen würde, anstatt uns die Zeit mit solchen Anträgen zu stehlen. Ich habe mir das hier wirklich mitgenommen. Ich habe es kaum glauben können. Sie behaupten also, durch ein Gesetz geht es schneller als durch einen Haushaltsvermerk. Ja, wie kommen Sie denn darauf, dass es schneller geht, wenn Sie die Rechtsgrundlage ändern? – Ich hätte noch verstanden, wenn Sie geschrieben hätten: Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene um eine beschleunigte Weiterleitung der Zahlungen zu bemühen. – Das wäre übrigens einfacher gewesen. Das hätte wenigstens noch in sich Sinn gemacht. Aber ein Gesetz als Grundlage anstatt eines Haushaltsvermerks, das beschleunigt etwas? Und dann sollen in dem Gesetz Fristen für die Beantragung, die Bearbeitung und die Erstattung ausgewiesen werden? Doch dann schreiben Sie noch nicht einmal, welche Fristen. Was ist denn, wenn der Bund dann Zehn-Jahres-Fristen hineinschreibt? Dann sind Sie genauso weit, nein, dann sind Sie noch schlechter dran, als Sie es jetzt sind, denn

wenn keine Frist drinsteht, dann heißt das im Zweifel: sofort. Also eine Bitte für die Zukunft: Stellen Sie in der Parlamentsarbeit Anträge, über die man wirklich debattieren kann, nicht Anträge, die einem nur die Zeit stehlen und die Sitzungsdauer unnötig in die Länge ziehen. – Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Natascha Kohnen das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Koalitionsvertrag der Ampel auf Bundesebene enthält folgenden Passus, ich zitiere: "Das Konzept der Anker-Zentren wird von der Bundesregierung nicht weiterverfolgt." – Das spiegelt meine Meinung wider und auch die Meinung meiner Fraktion. Wir lehnen den AfD-Antrag ab, der im Prinzip auf eine Fortsetzung dieser Zentren setzt.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Kohnen. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situationsbeschreibung in dem Antrag scheint noch zu stimmen, wonach die Kostenerstattung sehr schleppend und sehr kompliziert ist, wie Herr Kollege Winter hier das indirekt auch bestätigt hat. Wenn es darum geht, bürokratische Hürden abzubauen, sind wir immer dabei. Ob man das mit Fristen machen kann, das muss man überlegen. Es ist völlig unbestritten, dass Staat und Verwaltung in vielen Bereichen etwas schneller werden könnten. Im Koalitionsvertrag sind dazu auch einige Maßnahmen enthalten. Es ist aber schon bemerkenswert, dass man ein Gesetz machen muss, damit das dann schneller gehen soll. Ich glaube nämlich, da baut man mehr Bürokratie auf, als man abbaut.

Das wäre ein spezielles Gesetz für die Anker-Zentren. Abgesehen davon, dass das ein Lieblingsthema von der AfD ist, hat meine Vorrednerin es gerade zitiert, dass im Koalitionsvertrag eindeutig steht: Das Konzept der Anker-Zentren wird von der Bundesregierung nicht weiterverfolgt. Ich weiß, dass das bayerische Innenministerium daran festhalten will, auf welcher Basis auch immer. Das ist aber ein separates Thema. Das brauchen wir jetzt nicht zu diskutieren. Insgesamt denke ich, hier mit einem Gesetz zu arbeiten, das ist nun wirklich massiv übertrieben. Regelungen abbauen, etwas schneller machen, vielleicht eine Fristenregelung, ganz gern, aber nicht auf diese Art und Weise. Zur AfD kann ich nur sagen: Knapp daneben ist auch vorbei.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Kaltenhauser, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine dritte Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Böhm.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Kaltenhauser, wir zwei gehören vermutlich zu den wenigen hier im Hohen Haus, die schon einmal ein Seminar für Finanzmathematik auch von innen gesehen haben. Insofern wäre es für mich schon interessant, hierzu von Ihnen eine konkrete Äußerung zu hören. Wie sehen Sie, die FDP, die Tatsache, dass durch solche verschleppten Zahlungen und die Geldentwertung – 5,1 % Inflation nach den neuesten Zahlen – dem Haushalt eklatant Mittel verloren gehen? Ich meine, der Wert des Kapitals sinkt, das wissen wir alle. Ich will aber nicht hinnehmen, dass das so ist. Das ist Geld von meinen Bürgern, die Steuer bezahlen, die tüchtig dafür arbeiten und schlussendlich weniger Geld zurückbekommen als das, was der Freistaat ausgegeben hat. Das ist für mich kein Kreis, der sich schließt, sondern das ist für mich ein Unding. Wie stehen Sie dazu?

(Beifall bei der AfD)

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Lieber Herr Kollege, ich hätte gern mit Ihnen diskutiert, wenn Sie einen Antrag dazu vorgelegt hätten, wie wir die Gelder und die Abrech-

nung usw. beschleunigen können. Ein Spezialgesetz für Anker-Zentren zu machen, das geht nun aber wirklich am Thema vorbei.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kaltenhauser. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hohe Flüchtlingszugang in den Jahren 2015 und 2016 beruhte damals unübersehbar auf Entscheidungen des Bundes. Konsequenterweise hat der Deutsche Bundestag dann beschlossen, die Bundesländer bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zu unterstützen, und dies insbesondere auch dadurch, dass der Bund den Bundesländern Bundesliegenschaften mietzinsfrei für die Asylbewerberunterbringung überlässt und den Bundesländern auch die Kosten für die Erstherrichtung dieser Liegenschaften zur Unterbringung der Asylbewerber erstattet. Dieser Haushaltsvermerk besteht bis heute fort. Nach den Gesprächen in den letzten Wochen habe ich auch keinen Anlass, anzunehmen, dass die neue Mehrheit im Bundestag daran etwas ändern würde.

Wir nutzen in der Tat eine Reihe von Bundesliegenschaften in Bayern, frühere deutsche oder US-Kasernen, für die Unterbringung von Asylbewerbern. Wir fordern regelmäßig über die Regierungen der sieben Bezirke konsequent die Kostenerstattung beim Bund für die Erstherrichtung ein. Ich will darauf hinweisen, dass dafür in den letzten Jahren auch schon eine ganze Reihe von Zahlungen erfolgt sind. Man darf aber auch nicht außer Acht lassen, dass eine Antragstellung seitens der Bezirksregierungen immer erst dann möglich ist, wenn insbesondere die Staatlichen Bauämter die Baumaßnahmen insgesamt abgeschlossen haben. Das sind manchmal recht komplexe und aufwendige Baumaßnahmen, und das braucht seine Zeit. Es werden umfangreiche Unterlagen, Dokumentensammlungen eingereicht. Da kommt eine Vielzahl von

Einzelabrechnungen zusammen. Das ist, auch das muss man einräumen, für die BImA, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, sehr aufwendig, das alles zu prüfen. Ich will aber ausdrücklich sagen, dass ich persönlich keine Zweifel habe, dass, wenn auch mit mancher Verzögerung, der Bund am Schluss das, wozu er verpflichtet ist, auch bezahlen wird. Zum Teil gibt es dabei allerdings Diskussionen über die Notwendigkeit mancher Herrichtungsmaßnahmen. Da gibt es manchmal Maßnahmen, zu denen die BImA sagt, das sei doch so gar nicht unbedingt notwendig gewesen. Sie können sich vorstellen, wie Beamte darüber diskutieren. Das ist aber alles ganz legitim und nicht völlig ungewöhnlich in großen Verwaltungen.

Ich kann jedenfalls, und hier schließe ich an das an, was schon einige Redner in der Debatte gesagt haben, nicht erkennen, wieso durch eine gesetzliche Regelung an diesen Abläufen irgendetwas verbessert, beschleunigt oder sonst etwas würde. Wenn das ein Gesetz wäre, dann müsste es genauso im Verwaltungsvollzug vollzogen werden. Der Gesetzgeber kann auch nicht unmittelbar entscheiden, wie viel zu zahlen ist. Auch da müssen Belege geprüft werden und dergleichen mehr. Warum sollte das also schneller gehen? Es ist doch nicht so, dass es jemanden beim Bund gibt, der bestreitet, dass diese Kosten grundsätzlich zu erstatten sind. Das hilft also überhaupt nicht weiter.

Gleiches gilt auch für die Fristgebundenheit der Anträge im Erstattungsverfahren. Das wird dadurch alles nicht besser. Wenn Ihnen überhaupt daran gelegen ist, hier irgendetwas ernsthaft zu verbessern – woran man Zweifel haben kann –, dann würde das mit den Vorschlägen, die Sie hier vorgelegt haben, mit Sicherheit nicht erreicht. Es ist mir aber ein wichtiges Anliegen, dass die Kosten, die der Freistaat Bayern aufgewendet hat, schnellstmöglich erstattet werden. Ich bin mir sicher, dass wir dabei in der nächsten Zeit weiter vorankommen werden.

Ich möchte Ihnen noch einmal ausdrücklich sagen: Ich halte es für gut und richtig, dass wir diese Bundesliegenschaften nutzen können. Angesichts dessen, dass in den

letzten Monaten die Flüchtlingszahlen wieder gestiegen sind, werden wir diese Liegenschaften auch in nächster Zeit dringend brauchen.

Ich bitte, den Antrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich nehme an, das ist die AfD-Fraktion. – Jawohl. Gegenstimmen! – Die restlichen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sind im Moment nicht anwesend. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "XXL-Landtag: Mit Blick auf die Landtagswahl 2023 unverzüglich Stimmkreisbericht mit 80 Stimmkreisen vorlegen!" auf Drucksache 18/19940 bekannt: Mit Ja haben 9 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 69 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 30. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)